

BDP PARTEIENCHECK 2021



Nachgefragt: Welchen Stellenwert hat die Pflanzenzüchtung für die Politik?

Vor der Bundestagswahl positionieren sich die Parteien zu den Themen der Branche

Eine leistungsfähige Pflanzenzüchtung ist für den angestrebten Transformationsprozess in der Landwirtschaft eine der grundlegenden Voraussetzungen. Um das Innovationspotenzial ausschöpfen zu können, brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für unsere Branche. Nur dann können die Pflanzenzüchterinnen und Pflanzenzüchter in Deutschland weiterhin eine breite Palette an Pflanzensorten von einer Vielzahl unterschiedlicher Kulturarten für eine standortangepasste Landwirtschaft bereitstellen.

Am 26. September 2021 wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Nicht zuletzt die Einberufung der Zukunftskommission Landwirtschaft der Bundesregierung im Juli 2020 zeigt, welchen Stellenwert die Gestaltung der Agrarwirtschaft auch für eine neue Regierung einnehmen muss. Die Art und Weise, wie wir zukünftig mit den Ressourcen unserer Umwelt wirtschaften, ist eine der zentralen Fragen, die die neue Bundesregierung beschäftigen wird. Die Pflanzenzüchtung ist bei der notwendigen Umgestaltung der Agrarwirtschaft unverzichtbar. Resiliente Pflanzensorten sind essenziell, um die Produktion unserer Agrargüter und Lebensmittel unter sich wandelnden Umweltbedingungen weiterhin effizient und gleichzeitig ressourcenschonender zu gestalten.

Fragen an die Parteien

Der BDP hat die Parteien mit Bundestagsfraktionen vor der anstehenden Bundestagswahl zu den Kernthemen der Pflanzenzüchtung befragt. Wie steht die Politik zu den Bereichen neue Züchtungsmethoden, Refinanzierung von Züchtungsleistung und langfristige Forschungsförderung? Wie wird die Bedeutung der Pflanzenzüchtung für die Gesellschaft und die Landwirtschaft eingeschätzt und welchen Stellenwert haben die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft für die zukünftige Parteiarbeit? Wir fragen, die Politik antwortet.



Bedeutung der Pflanzenzüchtung

Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Pflanzenzüchtung für die Zukunft von Landwirtschaft und Gesellschaft in Deutschland konkret zu?

CDU/CSU



Die Pflanzenzüchtung ist eine Schlüsseltechnologie für eine nachhaltige, zukunftsfähige Landwirtschaft, deren erste Aufgabe die Sicherung der Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung ist. Wir brauchen leistungsstarke, ressourceneffiziente und klimagerechte Sorten sowie wieder mehr Eiweißpflanzen als Futterbasis. Der züchterische Fortschritt bei den Energie- und Rohstoffpflanzen ist zudem unverzichtbar für die erfolgreiche Gestaltung der Energiewende und die Entwicklung einer auf nachwachsenden Rohstoffen basierten Wirtschaft (Bioökonomie). Die Stärkung unserer leistungsfähigen, innovativen und vorwiegend mittelständisch geprägten Pflanzenzüchtunternehmen ist uns deshalb ein großes Anliegen.

SPD

Große Teile der deutschen Bevölkerung wünschen sich eine Landwirtschaft, die möglichst wenig Agrarchemie einsetzt und klimaschonend produziert. Der Einsatz von alternativen, vor allem agrarökologischen, Verfahren wird befürwortet. Damit die Landwirtschaft diesen Wünschen besser genügen kann, brauchen wir widerstandsfähigere Pflanzen, die obendrein den Herausforderungen durch den Klimawandel besser trotzen können. Dies alles kann nur gelingen, wenn die Pflanzenzüchter das biologische Potential unserer Nutzpflanzen weiter gezielt ausbauen. Um die noch vorhandene Vielfalt der Züchtung in Deutschland zu erhalten, brauchen wir faire Wettbewerbsbedingungen, die nicht durch wirtschaftliche Übermacht oder juristisch nur von großen Unternehmen zu bewältigende Rahmenbedingungen beeinträchtigt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Struktur der mittelständischen Pflanzenzüchtunternehmen in Deutschland erhalten bleibt. Wir lehnen Patente auf Tiere und Pflanzen grundsätzlich ab.

Der Sortenschutz als das auf die Pflanzenzüchtung zugeschnittene Schutzrecht ist Motor der Pflanzenzüchtung. Wir wollen das Züchterprivileg stärken und Züchtern nach wie vor ermöglichen, ohne Zustimmung des Sortenschutzinhabers und ohne Lizenzgebühren neue Sorten zu entwickeln.

Das deutsche Sortenschutzrecht ist durch eine unklare Abgrenzung des Patentschutzes in Gefahr. Konventionell gezüchtete Pflanzen sind in Europa nach der Entscheidung des Europäischen Patentamtes vom März 2015 patentierbar. Damit stehen sie für die Weiterzüchtung im Rahmen des Sortenschutzes nicht mehr zur Verfügung. Wir unterstreichen die klarstellende Erklärung der EU-Kommission vom 3. November 2016 zur Auslegung der Biopatent-Richtlinie. Sie muss vom EU-Rat und vom Europäischen Patentamt übernommen werden.



AfD

Die Pflanzenzüchtung ist als vorgelagerter Bereich zur Landwirtschaft ein unabdingbarer Teil unserer Lebensmittelversorgung und somit integraler Bestandteil aller lebensnotwendigen Wertschöpfungsketten. Für die AfD ist die Pflanzenzucht damit ein gesellschaftlich schützenswertes Gut, das es um jeden Preis zu erhalten und zu unterstützen gilt.

Insbesondere vor dem Hintergrund zahlreicher globaler Herausforderungen, aber auch zum Erhalt einer unabhängigen Lebensmittelversorgung, ist die Pflanzenzucht politisch betrachtet von oberster Priorität. Zumal auch gesellschaftliche Ziele der landwirtschaftlichen Klimaanpassung oder der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln zutiefst mit der Pflanzenzucht verwoben sind.



FDP

Wir Freie Demokraten sehen angesichts aktueller und auch aufkommender Herausforderungen wie zunehmender Ressourcenknappheit, Klimawandel und wachsender Weltbevölkerung in der Pflanzenforschung und -züchtung einen wesentlichen Baustein, die landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger zu gestalten und besser an sich wandelnde Umweltbedingungen anzupassen und somit die globale Ernährungssicherheit und Versorgung mit hochwertigen Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen zu gewährleisten. Die Landwirtschaft ist dabei wie keine andere Branche mit Umwelt- und Klimaveränderungen verbunden – sie nimmt eine wesentliche Stellung im Kampf gegen den Klimawandel ein, ist jedoch auch von ihm betroffen.

Wir wollen einen innovationsfreundlichen Rahmen für die moderne und leistungsfähige Pflanzenzüchtung in Deutschland und Europa etablieren, damit Spitzenforschung nicht weiter aus Deutschland abwandert. So stärken wir vor allem die zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Pflanzenzucht in Deutschland.



DIE LINKE.

DIE LINKE schätzt das haupt- und ehrenamtliche Engagement in der Pflanzenzüchtung und erkennt seinen hohen Wert für das Gemeinwohl an. Nach jahrzehntelanger Ausrichtung der Züchtung auf den maximal möglichen Höchstertag erfordert der Klimawandel einen stärkeren Fokus auf standortangepasste und stressresistente Pflanzensorten sowie auf qualitative Eigenschaften wie hochwertige Inhaltsstoffe für die Nutzung als Lebens- oder Futtermittel bzw. zur energetischen Verwertung. Kleine Züchtereien brauchen Rechtssicherheit und wo nötig Förderung, um nicht allein Großkonzernen die Hoheit über Pflanzenzüchtungsziele zu überlassen. Wir sprechen uns ausdrücklich für den Erhalt alter Sorten aus.



Bündnis 90/Die Grünen

Die Pflanzenzüchtung hat eine große Bedeutung für die Zukunft der Landwirtschaft und unserer Ernährung, sowohl was die Diversifizierung des Anbaus und den Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt angeht, als auch für die Klimaanpassung. Wir GRÜNE wollen die Züchtung von robusten Sorten und die Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen Ansätzen stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Wir unterstützen die Idee von Saatgut als Gemeingut und fördern nachbaufähige Sorten und partizipative Züchtungsprogramme.

Neue Züchtungsmethoden

Wie und warum positioniert sich Ihre Partei in Bezug auf die Bewertung neuer Züchtungsmethoden?

CDU/CSU



Neue molekularbiologische Züchtungstechnologien können die Landwirtschaft umweltfreundlicher und wettbewerbsfähiger machen, Ernten stabil halten bei weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz und geringerem Wasserverbrauch im Klimawandel. Es geht auch um unsere Verantwortung in der Welt. Wir wollen einen verantwortungsvollen, auf klaren Regeln basierenden Einsatz der neuen Züchtungstechnologien ermöglichen. Wir setzen uns deshalb für eine Modernisierung des europäischen Rechtsrahmens ein.

SPD



Neue Züchtungsmethoden wie CRISPR-Cas9, Zinkfingernuklease, Oligonukleotid-gesteuerte Mutagenese oder Cisgenese könnten wegen der wachsenden, zunehmend einfacheren und schnelleren Möglichkeiten der gezielten molekularbiologischen Veränderung von Organismen in den nächsten Jahren vermehrt auch zur Genveränderung bei Pflanzen und Tieren angewendet werden. Um ihre Potenziale ermitteln und nutzen und evtl. Risiken frühzeitig erkennen zu können, sollten die neuen Techniken differenziert betrachtet, wissenschaftlich diskutiert und durch eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte begleitet werden. Denn die Anwendungsmöglichkeiten und -risiken werfen juristische, biologische, landwirtschaftliche und ökologische Fragen auf. Der gentechnikrechtliche Status solcher neuen Techniken bzw. der damit erzeugten Konstrukte ist bisher unklar. Sie unterliegen derzeit keiner Sicherheitsregulierung und sind nicht kennzeichnungspflichtig. Die EU-Kommission hat eine rechtliche Klarstellung angekündigt, inwieweit die neuen Züchtungstechniken in der Pflanzen- und Tierzucht in den Anwendungsbereich des EU-Gentechnikrechts fallen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, bis dahin keine mit neuen Züchtungstechniken veränderten Organismen freizusetzen. Zudem hat der französische Gerichtshof den EuGH zur Klärung angerufen.

Bis zur rechtlichen Klarstellung sollte das Vorsorgeprinzip gebieten, keine Freisetzen und kein Inverkehrbringen solcher Organismen zuzulassen. Für uns sind Sicherheitsüberprüfungen und Kennzeichnung unverzichtbar, um dem Vorsorgeprinzip gerecht zu werden und um Wahlfreiheit und Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten. Das Vorsorgeprinzip hat für die SPD oberste Priorität, jeder Versuch, dies durch die Etablierung eines neuen „Innovationsprinzips“ einzuschränken, wird auf unseren Widerstand treffen. Eine Aufweichung des Vorsorgeprinzips erweckt nicht allein Misstrauen gegen die Politik, sondern auch bereits im Vorfeld Misstrauen gegen neue Technologien, noch bevor diese überhaupt definiert, reguliert und zum Einsatz gekommen sind.

AfD



Wissenschaftlicher Fortschritt ist auch bei der Pflanzenzucht nicht wegzudenken, da nur so verbessertes, bspw. klimaresistenteres, Saatgut oder aber auch qualitative Verbesserungen von Lebensmitteln allgemein erreicht werden können. Die AfD steht dabei auf der Seite dieses Fortschrittes und einer unvoreingenommenen wissenschaftlichen Bewertung moderner Züchtungsmethoden.

Sofern wissenschaftliche Risiken für Mensch und Umwelt zweifelsfrei belegt werden können, muss natürlich von politischer Seite für den elementaren Schutz der Gesundheit eingetreten werden. Unwissenschaftliche, gesellschaftspolitische Argumente, die auf einer ideologischen Grundeinstellung beruhen, dürfen jedoch nicht herangezogen werden, um den Fortschritt zu behindern. Neue Züchtungsmethoden sind grundsätzlich zu fördern und auch politisch zu unterstützen.



FDP

Wir Freie Demokraten wollen mit intelligenter und ideologiefreier Politik Umweltproblemen die Stirn bieten und unsere landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger gestalten. Moderne Agrartechnologien können die Ernährung von Milliarden Menschen bei gleichzeitiger Verringerung der Umweltbelastung sichern. Neue Züchtungstechniken wie das Genome Editing liefern bereits heute vielversprechende Antworten auf veränderte Umweltbedingungen.

Nach dem Erfolg bei der Impfstoff-Entwicklung des Unternehmens BioNTech hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ein Aktionsprogramm für den Gentechnologie-Standort Deutschland vorgelegt. Dieses umfasst beispielsweise bessere steuerliche Anreize sowie Konzepte für Wagniskapital für forschende Unternehmen, Gesetzesanpassungen an den jeweiligen Stand der Forschung und eine Stärkung der Akzeptanz für dieses Forschungsfeld (vgl. BT-Drs. 19/24365).

Wir fordern eine grundsätzliche Überarbeitung des EU-Gentechnikrechts, nach der in einem neuen, abgestuften Risikoklassifizierungsverfahren sämtliche Pflanzenzüchtungsverfahren, ausgehend von klassischen Züchtungsverfahren bis hin zu modernen Genome-Editing-Verfahren (z. B. SDN, ODM- Technologien oder Insertion artfremder Gene), zu berücksichtigen sind. Das deutsche Gentechnikrecht wollen wir entsprechend anpassen. Diese Überarbeitung muss die bisherige, auf dem Wissensstand der 1990er Jahre stammende Gesetzgebung ablösen. Für dieses Ziel hat sich die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag mit dem Antrag „Chancen neuer Züchtungsmethoden erkennen – Für ein technologieoffenes Gentechnikrecht“ (BT-Drs. 19/10166) eingesetzt. Unserer Ansicht nach können wir es uns nicht länger leisten, Zukunftstechnologien aus ideologischen Motiven heraus abzulehnen.



DIE LINKE.

Die „neuen Züchtungstechniken“ versprechen einen präziseren Eingriff in die DNA als die bisherigen Methoden, bergen jedoch ähnliche Risiken. Was diese Manipulationen auf Genomebene, in Stoffwechselinteraktionen und in der Umwelt auslösen, ist unbekannt und das ökologische oder gesundheitliche Risiko radikal neuer Eigenschaften oder einer Auskreuzung in wildlebende Pflanzen nicht verantwortbar. DIE LINKE unterstützt die klare Einstufung unter die bestehende Gentechnikregulierung und fordert mehr Engagement bei der Erforschung von Nachweisverfahren und Alternativen. Das Vorsorgeprinzip muss europäisch gestärkt werden.

Bündnis 90/Die Grünen



Auch neue Gentechnik ist Gentechnik und muss dementsprechend reguliert werden. Bei der Anwendung müssen Gefahren für Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden. Wir GRÜNE werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließt, sowie eine verbindliche Kennzeichnung, die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützt, nötig. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung.

Refinanzierung von Züchtungsleistung

Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die den Züchtern zur Refinanzierung zustehenden Mittel auch über die Nachbaugebühren vollumfänglich zufließen?

CDU/CSU



Die Züchtung einer neuen Pflanzensorte dauert je nach Kulturart 10 bis 15 Jahre und erfordert hohe Investitionssummen für die Forschung und den Züchtungsprozess. Die einzige Möglichkeit der Refinanzierung besteht für den Züchter über den Verkauf von Saatgut, auf das er eine Züchterlizenz erhebt, und die Erhebung einer Nachbaugebühr beim Einsatz von Nachbausaatgut. CDU und CSU stehen zu dieser Regelung, denn der Sortenschutz und die Nachbauregelung sind ganz wesentlich für unsere Pflanzenzüchter. Wir halten sie für absolut notwendig, um den Züchtungsfortschritt hin zu widerstandsfähigen und klimaangepassten Pflanzensorten zu gewährleisten. Da das Sortenschutzrecht ein privatrechtliches gewerbliches Schutzrecht ist, ist die Wahrnehmung der daraus zugestandenen Rechte, das heißt die Erhebung der Entgelte, Aufgabe der Züchter selbst. Wir werden sie dabei durch intensive Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit der Nachbaugebühren unterstützen.

SPD



Pflanzenzüchtung kann nur stattfinden, wenn die Kosten für die Pflanzenzüchtung und die Aufwendungen für die Forschung durch die Rückflüsse aus dem Verkauf des Saatguts gedeckt werden können. Ob dies durch entsprechende Preisaufschläge beim Verkauf oder durch ein System von Nachbaugebühren geschieht, liegt in der Entscheidung des einzelnen Zuchtunternehmens. Das vorhandene Rechtsinstrumentarium reicht aus, um den Vergütungsanspruch der Züchter bei Wahrung des Rechtsfriedens in der Branche durchzusetzen.

AfD



Damit die Pflanzenzüchter auch in der Zukunft erfolgreich forschen und entwickeln und somit ressourcenschonenden Fortschritt für die Landwirtschaft bereitstellen können, setzt sich die AfD für den vollumfänglichen Zufluss von Nachbaugebühren ein.

Denn nur der vollständige Rückfluss der Lizenzgebühren aus dem Verkauf von Saatgut kann die Grundlage einer erfolgreichen wie auch wettbewerbsorientierten Pflanzenzüchtung bilden. Nachbaugebühren sichern dabei nicht nur den Züchtungsfortschritt sowie die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft auf dem freien Markt, die Gebühren tragen auch indirekt zum Sortenschutz bei.



FDP

Der Sortenschutz schützt das geistige Eigentum an Pflanzenzüchtungen und dient somit dem züchterischen Fortschritt in der Landwirtschaft und im Gartenbau. Damit private Investitionen in den stetigen Züchtungsfortschritt mobilisiert werden, ist der Schutz des geistigen Eigentums in der Pflanzenzüchtung, wie in anderen Wirtschaftszweigen, für uns Freie Demokraten eine wichtige Voraussetzung.



DIE LINKE.

Der Sortenschutz sichert den Züchter:innen durch Lizenzgebühren angemessene Mittel für die weitere Züchtungsarbeit. Der Nachbau, der Bäuerinnen und Bauern seit jeher als Recht zusteht, ist aufwändig, geht meist mit geringeren Erträgen einher und verzichtet auf den möglichen weiteren züchterischen Fortschritt. Grundsätzlich möchte DIE LINKE einen Fonds zur solidarischen Sicherung der Züchtungsarbeit. Darüber hinaus muss zunehmenden Monopolisierungstendenzen ernster begegnet werden.



Bündnis 90/Die Grünen

Bei der Frage um die Nachbaugebühren ist ein Ausgleich zu schaffen zwischen dem Interesse der Züchter*innen an der Refinanzierung ihrer Pflanzensorten und dem Interesse der Bäuer*innen am Recht auf Nachbau. Hier muss eine Win-win-Situation geschaffen werden. Wir GRÜNE setzen uns für eine vielfältige Pflanzenzüchtung ein. Zukunftsfähige Pflanzenzüchtung wird es nur geben, wenn die Pflanzenzüchter*innen ihre Arbeit auch angemessen und auskömmlich entlohnt bekommen.



Langfristige Forschungsförderung

Welche Konzepte gibt es in Ihrer Partei zur langfristigen Forschungsförderung im Bereich Pflanzenzüchtung durch die öffentliche Hand?

CDU/CSU



Die Pflanzenzüchtung gehört zu den Branchen mit den höchsten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (mehr als 15 Prozent FuE-Quote). CDU und CSU werden sie weiterhin verlässlich durch die öffentliche Grundlagenforschung und die angewandte Züchtungsforschung mit Kooperationen von öffentlicher und privatwirtschaftlicher Forschung unterstützen. Wir sorgen dafür, dass die Züchtungsforschung bei den Forschungsprogrammen der Bundesregierung und in den EU-Forschungsprogrammen berücksichtigt und der Wissenstransfer in die Praxis ausgebaut wird. Das trägt nicht nur zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Züchtungsunternehmen bei, sondern sichert auch die Pflanzenzucht kleinerer Kulturen und eines breiten Spektrums an Nutzpflanzen und ist somit auch ein Stück Zukunftssicherung und Vorsorge.

Forschung und Innovation bleiben Schwerpunkte unserer Politik. Gerade im innovativen Mittelstand werden wir weitere Impulse setzen. Bei der steuerlichen Forschungszulage werden wir die Bemessungsgrundlage auf 8 Millionen Euro pro Unternehmen erneut verdoppeln. Zudem werden wir die bewährten Mittelstandsprogramme (Zentrales Investitionsprogramm Mittelstand ZIM, Industrielle Gemeinschaftsforschung IGF) ausweiten und ein Bio-IT-Forschungszentrum aufbauen.

SPD



Wir wollen die Pflanzenzüchtungsforschung weiter stärken und konkrete Förderschwerpunkte dort setzen, wo sich durch neue Erkenntnisse gerade aus der Grundlagenforschung große Entwicklungspotentiale für die Pflanzenzüchter und für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen ergeben könnten. Hierzu bedarf es auch einer noch stärkeren ressortübergreifenden Abstimmung der Fördermaßnahmen, da gerade aus der engeren Abstimmung und langfristigen Planung von Förderinitiativen nachhaltige Innovationserfolge entstehen können. Außerdem sollten die Potentiale für die Pflanzenzucht, die die internationalen Gendatenbanken bereithalten, besser genutzt und gefördert werden.

AfD



Die AfD setzt sich dafür ein, die Fördermittel für die bestehende Innovationsforschung zu integriertem Pflanzenschutz, Resistenzforschung und Resistenzzüchtung sowie für die unabhängige Beratung der Landwirte zu erhöhen. Nur auf dieser breiten Basis können aus unserer Sicht sinnvolle Impulse und Synergien für die Zukunft geschaffen werden.

Die Pflanzenzüchtung selbst ist dabei von fundamentaler Wichtigkeit, um eine wettbewerbsorientierte Landwirtschaft in Deutschland zu erhalten. Nähere Ausgestaltungsmöglichkeiten der von der AfD angestrebten Förderung werden wir gemeinsam mit den Akteuren der zuständigen Verbände und Ansprechpartner in naher Zukunft erarbeiten.



FDP

Wir Freie Demokraten fordern mehr Anstrengungen und einen innovationsfreundlichen Rahmen für Innovationen bei Pflanzenforschung und -züchtung. Denn diese ist für die Zukunft der Landwirtschaft sowie des Gartenbaus von zentraler Bedeutung und trägt nicht zuletzt dazu bei, mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und auch neu zu schaffen. Das muss sich auch in der Forschungsförderung widerspiegeln. Fördergelder müssen unbürokratischer vergeben werden können, gerade an Start-ups und mittelständische Unternehmen.

Keine andere Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich in der vergangenen Legislaturperiode derart offen für Innovationen in der grünen Biotechnologie ausgesprochen, wie es die Fraktion der Freien Demokraten getan hat. Durch die mangelnde Wahrnehmung des großen Potenzials in diesem Bereich und die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz der Pflanzenbiotechnologie besteht die Gefahr, dass Innovationen ausgebremst werden und Forschung sowie wissenschaftliche Expertise abwandern. Damit die hierzulande erforschten grünen Schlüsseltechnologien auch vermehrt in die Anwendung überführt werden können, treten wir Freie Demokraten für offenere und innovationsfördernde Rahmenbedingungen, wie etwa bei Freisetzungsversuchen, ein.



DIE LINKE.

Die Pflanzenzüchtung sollte sich vorwiegend an Gemeinwohlinteressen orientieren und dies auch mit einem Ausbau der öffentlichen Forschung sichern. DIE LINKE kritisiert die zunehmende Machtkonzentration auf dem Saatgutmarkt, weil sich Entscheidungen für oder gegen bestimmte Züchtungsziele in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Megakonzernen vor allem an Profit- und Aktionärsinteressen orientieren. Deshalb schlägt DIE LINKE die Gründung einer Akademie der Landwirtschaftswissenschaften vor, in der auch die Pflanzenzüchtungsforschung vertreten sein sollte.



Bündnis 90/Die Grünen

Da die Züchtung einer neuen Pflanzensorte zehn bis zwanzig Jahre in Anspruch nimmt, sollten Forschungsprojekte standardmäßig auf fünf Jahre mit Verlängerungsoption ausgelegt sein. Auf partizipative Ansätze und ökologische Züchtung sollte besonderes Gewicht gelegt werden, hier wollen wir GRÜNE die Förderung gezielt erhöhen. Eine Bundesstiftung für Kulturpflanzenentwicklung kann die Entwicklung von Sorten fördern, die zum Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt und zum Ausbau der Agrobiodiversität wichtig sind. Der Schwerpunkt liegt dabei auf ökologischer Züchtung und auf der Einbeziehung und Förderung von Akteuren aus der gemeinnützig organisierten Pflanzenzüchtung sowie von KMU.

Zukunftskommission Landwirtschaft

Werden die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft der Bundesregierung Eingang in die Arbeit Ihrer Partei finden und wenn ja, mit welchen Schwerpunkten?

CDU/CSU



CDU und CSU stehen für Kooperation in der Agrarpolitik, für Zusammenführen statt Spalten. Deshalb begrüßen wir, dass der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) ein breiter Interessenausgleich gelungen ist und sie klargestellt hat, dass wir eine nachhaltige, wirtschaftlich erfolgreiche und gesellschaftlich anerkannte Landwirtschaft in Deutschland brauchen, deren zukunftsfähige Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wir werden die Ergebnisse zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Detail auswerten und die Empfehlungen bei der Gestaltung der Agrarpolitik würdigen. Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, der Umbau der Tierhaltung und die ökologisch verträgliche Entwicklung des Landbaus sind dabei Aufgaben, die auf der Hand liegen und die wir bereits eingeleitet haben. Wichtig ist, dass die ZKL unseren Ansatz für die Landwirtschaft, mit neuen Techniken ökologisch produktiver zu wirtschaften, bestätigt hat. Das schließt das Bekenntnis zur innovativen Pflanzenzucht und die Notwendigkeit der Schaffung eines fairen Wettbewerbsrahmens für unsere mittelständischen Pflanzenzuchtunternehmen ein.

SPD



Wir brauchen einen Systemwechsel in der Landwirtschaft, weg von der bisherigen Exportorientierung und hin zu regionalen Nährstoff- und Wirtschaftskreisläufen. Diese Forderung haben auch die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft eindrucksvoll bestätigt. Unsere Landwirtschaft steht angesichts von Globalisierung, Klimawandel und gesellschaftlichen Erwartungen vor großen Herausforderungen. Diese lassen sich mit den bisherigen Direktzahlungen, die nur an den Flächenbesitz gebunden waren, nicht bewältigen. Mit importierten Futtermitteln in Deutschland Tiere zu mästen, deren Ausscheidungen hier zu behalten und das Fleisch als Billigprodukt in den Export zu schicken, ist in der Gesellschaft niemandem zu vermitteln und für die Landwirt*innen auch wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar.

Die Lösung liegt in der Kombination von zwei Maßnahmen: öffentliche Gelder sollen zukünftig für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft im Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Erhalt unserer Kulturlandschaft eingesetzt werden. Außerdem muss der Einkauf regional und nachhaltig erzeugter Lebensmittel für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung gezielt gefördert werden. So können landwirtschaftliche Betriebe ihre Produkte deutlich besser vor Ort und zu angemessenen Preisen verkaufen. Gesunde Ernährung in Kita und Schule bedeutet zudem Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Wir begrüßen, dass die Zukunftskommission Landwirtschaft diesen Weg ausdrücklich empfiehlt.



AfD

Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat zum Teil tiefgreifende Veränderungen beschlossen, die sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der deutschen Landwirte, insbesondere bäuerliche Familienbetriebe, auswirken könnten.

Deshalb werden auch die Empfehlungen der Zukunftskommission zum großen Teil keinen Eingang in die Arbeit der AfD finden. Denn politische Vorgaben, Markteingriffe und Verbote sind aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, um wirtschaftlich sinnvolle Lösungen zu generieren, die langfristig Bestand haben.



FDP

Wir Freie Demokraten wollen mit Innovationen und der modernen Bioökonomie Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe. Wir sehen im Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft eine enorme Weichenstellung für die nächste Legislaturperiode. Vor allem, dass die zentrale Bedeutung von Pflanzenzüchtung, neuen Züchtungsmethoden und standortangepassten Sorten für ein nachhaltigeres Agrarsystem betont wird, sehen wir als Chance, bei diesem Thema endlich auch in politischen Prozessen mehr Fortschritte zu erreichen.



DIE LINKE.

Die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft greifen viele Kritikpunkte der LINKEN auf, bleiben aber hinter unseren Forderungen im ökologischen wie im sozialen Bereich zurück. Wir setzen uns weiterhin ein für eine Agrarpolitik, die gutes Leben für Arbeitende, Konsumierende, Natur, Klima und Tiere ermöglicht. Der Schwerpunkt liegt aus unserer Sicht dabei auf dem Aufbrechen der Markt-machtverhältnisse mit dem Ziel der Internalisierung von Kosten, die bislang das Gemeinwohl trägt, sowie auf der Schwächung des Primats von ökonomischem Wachstum auf Kosten sozialer und ökologischer Verhältnisse. Entsprechende Kontroll- und Förderregularien müssen verbessert und geschaffen werden. An der Finanzierung des nötigen Umbaus und der laufenden Kosten für eine nachhaltige Landwirtschaft mit Ziel der Sicherung der Ernährungssouveränität müssen die bisher profitierenden Konzerne angemessen beteiligt werden und entsprechend Verantwortung übernehmen. Das muss gesetzlich abgesichert werden. Dazu gehört auch die Sicherung einer am Gemeinwohl orientierten Pflanzenzüchtung.



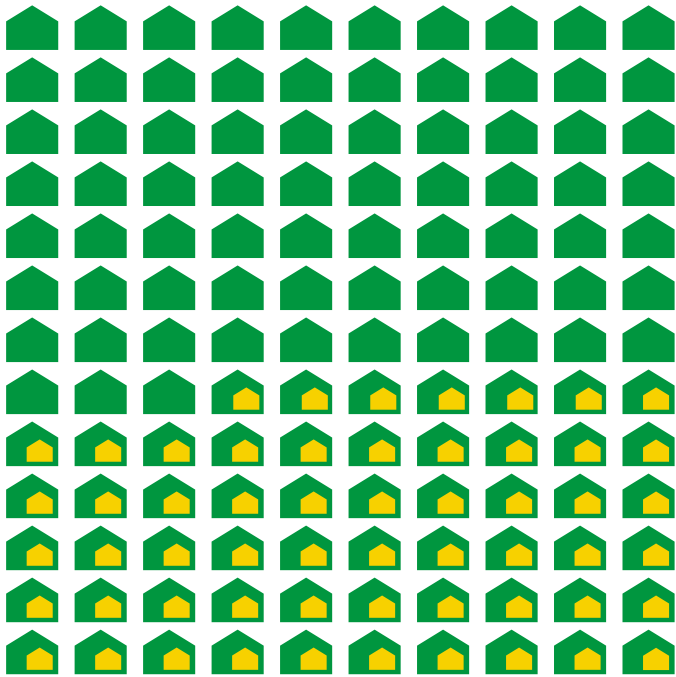
Bündnis 90/Die Grünen

Viele der Inhalte der Zukunftskommission Landwirtschaft – etwa die Qualifizierung der EU-Agrarzah-lungen, der Umbau der Tierhaltung oder ein natur-, umwelt- und klimaverträglicher Pflanzenbau inklusive Pestizidreduktion und Förderung einer ökologisch ausgerichteten Züchtung – sind für uns GRÜNE gute Anknüpfungspunkte und bereits seit Jahren Schwerpunkte und werden dementsprechend intensiv von uns weiterbearbeitet.

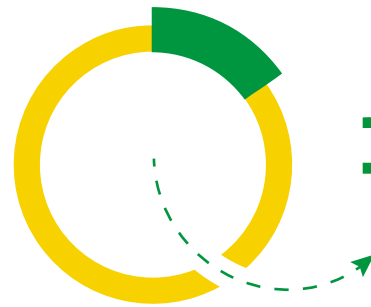
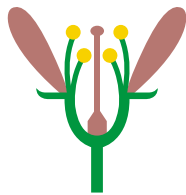
Pflanzenzüchtung in Deutschland

130

Züchter und Saatenhändler



davon
betreiben **57**
Unternehmen eigene
Zuchtprogramme



15,5 %
F&E-Quote



115 Pflanzenarten
werden in Deutschland
züchterisch bearbeitet

über
3.500
in Deutschland
zugelassene Sorten



Quelle: BDP-Erhebung 2020

Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V. (BDP)

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V. (BDP) bündelt die Interessen seiner Mitglieder aus den Züchtungsbereichen Landwirtschaft, Gemüse, Zierpflanzen und Reben sowie dem Saatenhandel. Rund 130 Unternehmen sind in Züchtung und Vertrieb landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Kulturarten tätig. Davon betreiben 57 eigene Zuchtprogramme. Die einzelnen Firmen arbeiten in der Regel an mehreren Fruchtarten. Der BDP setzt sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine optimale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Züchtung und die Saatgutwirtschaft sowie für die Organisation der Pflanzenforschung, für die Förderung neuer Technologien und die Weiterentwicklung des Sorten- und Saatgutwesens ein.

Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V.
Kaufmannstraße 71-73 // 53115 Bonn
T: 0228 98581-10 // F: 0228 98581-19
info@bdp-online.de // bdp-online.de

 @diepflanzenzuechter.de
 @DialogBDP
 diepflanzenzuechter

 **BDP**
Lebensbasis Pflanze